

PIONIERROLLE

Basels Wechsel von Repression zur liberalen Drogenpolitik

von Esther Keller* — bz Basel • Zuletzt aktualisiert am 22.6.2016 um 12:39 Uhr



Ein Drogensüchtiger setzt sich in einer Kontakt- und Anlaufstelle (K+A) einen «Schuss».

© KEYSTONE

Verhaftungen, Razzien und Strafen konnten die offene Drogenszene nicht in die Schranken weisen. Ende der Achtzigerjahre begann Basel umzudenken.

Ende der Achtzigerjahre hatte das Drogenelend Teile des

bz

Menu

Jetzt aktuell: Besichtigung Bruderholz, Sozialer Aufstieg

FC Basel

Liestal ☀️ 25°
8°

Esther Keller ist Historikerin und hat gemeinsam mit Hans-Peter Schreiber über die Pionierleistungen der Stiftung Sucht seit 1972 geschrieben «Auch Junkies haben Würde», Johannes Petri Verlag (2016).

© Zur Verfügung gestellt

In Basel gab es früh politische Bestrebungen, dieses Spannungsfeld zugunsten einer einheitlichen Suchtbekämpfung aufzulösen. 1987 bildete die Basler FDP unter der Leitung des Advokaten Luc Saner eine Kommission, die Vorschläge für eine neue Drogenpolitik erarbeitete. Die Grundpfeiler des damaligen Berichts bilden noch heute wesentliche Bestandteile der schweizerischen Drogenpolitik: Die Anerkennung von Sucht als Krankheit, die Möglichkeit einer kontrollierten und ärztlich verschriebenen Abgabe von Drogen sowie die härtere Bestrafung von Dealern. Der Bericht wurde zur Grundlage, auf der die Basler Regierung ein suchtpolitisches Gesamtkonzept erarbeitete.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Einführung einer liberalen Drogenpolitik war der Kleinbasler Stammtisch. Die Anwohner der vom Drogenelend betroffenen Gebiete im Kleinbasel trafen sich ab 1990 zu einem regelmässigen Austausch, um mögliche Lösungen zur Schadensminderung zu diskutieren - für die Süchtigen, aber auch für die Anwohner.

Die Zeit Ende der Achtziger- bis anfangs der Neunzigerjahre
 Jetzt aktuell: Abstimmung Bruderholzspital • Muba • FC Basel Liestal ☀ 25°
 war von Pilotversuchen mit und ohne die Unterstützung der 8°

Regierungen geprägt. So eröffnete 1988 mit Bewilligung der Basler Regierung das «Sprützehüsli», musste aber nach einem Jahr den Betrieb wieder einstellen. Auch der Versuch eines mobilen Spritzenbusses musste wegen Protesten der Anwohner abgebrochen werden. Nur die Möglichkeit zum Spritzentausch in Apotheken konnte sich erfolgreich durchsetzen.

Langer Weg bis zur Gesetzesrevision

Trotz des offiziellen Massnahmenpakets des Bundes, dem «MaPaDro», das ab 1992 in Kraft war, gab es nach wie vor keine rechtliche Grundlage für viele Programme; auch nicht für das Vier-Säulen-Modell oder die heroingestützte Behandlung. Es galt noch immer die Gesetzgebung von 1951 mit ihrer Revision von 1975. Immerhin wurde der Weg, den der Bundesrat 1992 eingeschlagen hatte, vom Souverän bestätigt: Zwei Volksinitiativen mit Extrempositionen – die abstinenzorientierte Vorlage «Jugend ohne Drogen» sowie die Liberalisierungsvorlage «Droleg» – wurden 1997 und 1998 an der Urne verworfen.

Der erste Versuch, die Gesetzgebung der sich seit 1975 veränderten Realität anzugleichen, scheiterte. 2004 wurde die Vorlage für die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes vom Nationalrat abgelehnt. Grund dafür war die Frage der Legalisierung des Cannabiskonsums. Die öffentliche Diskussion fokussierte sich auf diese Kontroverse, worüber andere wesentliche Elemente der Revision, wie die Verankerung des Vier-Säulen-Modells, in den Hintergrund traten. Infolge dieses Abstimmungsentscheids im Parlament griff die Justiz in vielen Kantonen wieder härter durch, vor allem, was den Handel und den Konsum von Cannabis anbelangte.

Ein deutliches Ja

Erst 2008 gelang es, die konsensfähigen Teile der gescheiterten Revision im Gesetz zu verankern. Die Revision von 2008 klammerte die Frage der



Legalisierung von Cannabis aus und sah in Bezug auf den Konsum von Suchtmitteln keine Liberalisierung vor. Damit überzeugte die Vorlage eine Mehrheit des Parlaments. Das daraufhin von ÖVP und EDU initiierte

Referendum brachte die Vorlage vors Volk, wo die Revision auf grosse

Zustimmung stiess: Es gab 68 % Ja-Stimmen schweizweit und gar 76 % in Basel-Stadt. Damit konnte die mittlerweile langjährig erprobte Praxis in der schweizerischen Drogenpolitik auf eine solide rechtliche Basis gestellt werden.

1991 wurde zu einem entscheidenden Jahr in der Basler Drogenpolitik. Basel-Stadt wurde zum nationalen Vorreiter, indem der Kanton das Vier-Säulen-Modell umsetzte. Die vier Pfeiler, die bis heute Geltung haben, bestehen aus Prävention, Therapie, Repression, Schadensminderung. Zur Koordination der suchtspezifischen Massnahmen wurde die Stelle des Drogendelegierten geschaffen.

In den darauffolgenden Monaten manifestierte sich die neue politische Ausrichtung in der Entwicklung zahlreicher Angebote. Die Möglichkeit für Substitutionsprogramme wurde ausgebaut. Im Juni eröffnete an der Spitalstrasse das erste Gassenzimmer, 1992 folgte die Eröffnung eines zweiten und dritten Gassenzimmers.

Neue Linie setzt sich durch

In ihrer Ausrichtung unterstützt wurde die Basler Regierung durch das erste nationale Massnahmenpaket zur Verminderung von Drogenproblemen, dem sogenannten «MaPaDro», das 1992 in Kraft trat. Immer mehr Stimmen forderten einen liberaleren Ansatz, der die Suchtproblematik in ihrer Komplexität anerkennen sollte. Für Jörg Schild, den damaligen Polizeidirektor, der die Basler Drogenpolitik wesentlich mitprägte, ist klar: «Heute darf man unbescheiden sagen, dass Basel-Stadt für die nationale Verankerung der



Vier-Säulen-Politik, die man heute als selbstverständlich betrachtet, prägend war. Basel hatte eine Vorreiterrolle.»

Menu

Jetzt aktuell: Abstimmung Bruderholzspital · Muba · FC Basel · Liestal ☀ 25° 8°

Doch obwohl die «Marschrichtung klar war», wie es der damalige FDP-Polizeidirektor Jörg Schild formuliert, war die Umsetzung der liberalen Drogenpolitik in den Neunzigerjahren eine heikle Angelegenheit: «Es galt, die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Neue Gassenzimmer bedeuteten eine Belastung für die Anwohner und gaben immer wieder Anlass zu Diskussionen. Aus diesem Grund entwickelten wir sogar die Idee, einen mobilen Bus oder einen Eisenbahnwaggon als Gassenzimmer einzusetzen, was jedoch niemals zustande kam.»

Ein Meilenstein wurde 1994 erreicht: Der Grosse Rat bewilligte den Kredit für ein Pilotprojekt zur kontrollierten Verschreibung von pharmazeutischem Heroin. Ein christlicher Verein ergriff das Referendum, doch die Bevölkerung bestätigte den Entscheid an der Urne mit grosser Mehrheit. So wurde Basel ein weiteres Mal zum schweizweiten Pionier in der Drogenpolitik.

Mitte der Neunzigerjahre zeigte sich, dass sich die Einführung des Viersäulenmodells auch langfristig bewährte. 1994 konnte die offene Drogenszene im Kleinbasel gewaltfrei aufgelöst werden. Vier Jahre später wurden die Aufgaben des Drogendelegierten an die zuständige Fachabteilung «Jugend, Familie und Prävention» delegiert, wodurch die Stelle des Drogendelegierten aufgehoben werden konnte. Die Diskussion rund um Drogen im öffentlichen Raum hatte an Brisanz verloren.

Verwandte Themen:

[Drogenpolitik in Basel](#) [25 Jahre Drogenpolitik](#) [Drogenszene](#)

War dieser Artikel lesenswert?